

An  
die Gemeindevahlleitung  
der Hansestadt Lüneburg

**Wahlvorschlag**  
**für die Wahl zur Oberbürgermeisterin/zum Oberbürgermeister**  
**am 13.09.2026 in der Hansestadt Lüneburg**

- I. <sup>1)</sup> Wahlvorschlag einer Partei: Dieser Wahlvorschlag soll die Parteibezeichnung<sup>2)</sup>  
.....  
abgekürzt ....., führen.
- <sup>1)</sup> Wahlvorschlag einer Wählergruppe: Dieser Wahlvorschlag soll das Kennwort<sup>3)</sup>  
.....  
abgekürzt ....., führen.
- <sup>1)</sup> Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin oder eines Einzelbewerbers:  
Dieser Wahlvorschlag wird als Einzelwahlvorschlag<sup>4)</sup> eingereicht.
- II. Aufgrund des § 45 d des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes und des § 32 der Niedersächsischen  
Kommunalwahlordnung wird als Bewerberin/Bewerber vorgeschlagen:
- Familienname, Vorname: .....
- Beruf oder Stand: .....
- Geschlecht: .....  
(m = männlich, w = weiblich, d = divers oder oA = ohne Angabe im Geburtenregister)
- Geburtsdatum, Geburtsort: .....
- Wohnung und Wohnort: .....
- III. Vertrauenspersonen für diesen Wahlvorschlag sind:<sup>5)</sup>
- .....  
(Vor- und Familienname, Anschrift, Telefon und E-Mail-Adresse)
- .....  
(Vor- und Familienname, Anschrift, Telefon und E-Mail-Adresse)
- IV. Dem Wahlvorschlag sind folgende Anlagen beigefügt:<sup>6)</sup>
1. Zustimmungserklärung und Versicherung an Eides statt der Bewerberin/des Bewerbers zur  
Parteimitgliedschaft oder  
Zustimmungserklärung und Versicherung an Eides statt der sich bewerbenden nichtdeutschen  
Unionsbürgerin/des sich bewerbenden nichtdeutschen Unionsbürgers zur Parteimitgliedschaft.
  2. Bescheinigung der Wählbarkeit der Bewerberin/des Bewerbers.
  3. Ausfertigung der Niederschrift über die Mitglieder-/Delegiertenversammlung zur Aufstellung der  
Bewerberin/des Bewerbers.<sup>2)3)</sup>
  4. Versicherung an Eides statt zur Aufstellung der Bewerberin/des Bewerbers (§ 24 Abs. 3 Satz 2 NKWG  
in Verbindung mit § 45 a NKWG).<sup>2)3)</sup>
  5. Bescheinigung des zuständigen Parteiorgans, dass in der Gemeinde/Samtgemeinde<sup>8)</sup> kein  
Parteiorgan vorhanden ist.<sup>2)7)</sup>
  6. .... Unterstützungsunterschriften mit dem Nachweis der Wahlberechtigung der  
Unterzeichnerinnen/Unterzeichner.<sup>8)</sup>
  7. Vollmacht des zuständigen Parteiorgans für die Unterzeichnung des Wahlvorschlags.<sup>9)</sup>

V. Bemerkungen:

.....  
.....  
.....

....., den .....  
(Ort und Datum)

VI. Unterschrift(en):<sup>10)</sup>

1) Für den Wahlvorschlag einer Partei:

..... (Vor- und Familienname)	..... (Vor- und Familienname)	..... (Vor- und Familienname)
..... (Funktion)	..... (Funktion)	..... (Funktion)
..... (Handschriftliche Unterschrift)	..... (Handschriftliche Unterschrift)	..... (Handschriftliche Unterschrift)

1) Für den Wahlvorschlag einer Wählergruppe:

..... (Vor- und Familienname)	..... (Vor- und Familienname)	..... (Vor- und Familienname)
Anschrift:	Anschrift:	Anschrift:
..... (Straße, Hausnummer)	..... (Straße, Hausnummer)	..... (Straße, Hausnummer)
..... (Postleitzahl, Wohnort)	..... (Postleitzahl, Wohnort)	..... (Postleitzahl, Wohnort)
..... (Handschriftliche Unterschrift)	..... (Handschriftliche Unterschrift)	..... (Handschriftliche Unterschrift)

1) Für den Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin oder eines Einzelbewerbers:

..... (Vor- und Familienname)	..... Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)
..... (Handschriftliche Unterschrift)	

1) Zutreffendes ankreuzen ☒.  
2) Bei Wahlvorschlägen von Parteien.  
3) Bei Wahlvorschlägen von Wählergruppen.  
4) Bei Wahlvorschlägen von Einzelbewerberinnen/Einzelbewerbern.  
5) Es sollen zwei Vertrauenspersonen benannt werden (§ 45 a in Verbindung mit § 21 Abs. 11 NKWG).  
6) Nicht Zutreffendes streichen.  
7) Nur in den Fällen des § 45 a in Verbindung mit § 24 Abs. 1 Sätze 4 bis 6 NKWG.  
8) Bei Wahlvorschlägen von Parteien, Wählergruppen und Einzelbewerberinnen/Einzelbewerbern, für die die Voraussetzungen des § 45 d Abs. 4 NKWG nicht zutreffen.  
9) Nur, wenn der Wahlvorschlag durch eine Bevollmächtigte/einen Bevollmächtigten des zuständigen Parteiorgans unterzeichnet wird; vergleiche § 32 Abs. 7.  
10) Unterschrift(en) des für das Wahlgebiet zuständigen Parteiorgans, von drei Wahlberechtigten der Wählergruppe oder (bei einem Einzelwahlvorschlag) von der Einzelperson (vergleiche auch § 45 d Abs. 3 Satz 1 NKWG und § 32 Abs. 7).